

Ingrid Pahlmann

MdB

Neues von Ihrer Abgeordneten

**Sehr geehrte Damen und Herren, liebe
Freundinnen und Freunde aus dem
Wahlkreis Gifhorn-Peine,**

es stehen wieder Wahlen an! Und zwar sehr wichtige. Am 09. Juni ist die Europawahl und ich möchte Sie bitten, wählen zu gehen!

Denn unser Europa, so wie wir es kennen, ist vielfach bedroht, von außen und von innen. Antieuropäische Kräfte, welche die Europäische Idee zerstören wollen, fordern uns heraus.

Deshalb müssen wir Demokraten ein klares Zeichen für unsere Werte setzen. Damit wir auch in Zukunft in Freiheit, in Sicherheit und in Wohlstand leben können!

Dass die Wahl in Kürze ansteht, merken wir auch in Berlin. Die Ampel regiert noch weniger als sowieso schon und gibt sich voll und ganz dem Wahlkampf hin. Besonders die SPD überbietet sich mal wieder mit Geschenken. Man könnte meinen, das Willy-Brandt-Haus bereitet sich inhaltlich bereits auf die nächste Bundestagswahl vor.

Dass gutes Regieren der beste Wahlkampf wäre, ist dort scheinbar noch nicht angekommen. Allerdings gilt ja auch: Was man nicht kann, sollte man lassen!



Infos zu meiner Arbeit in Berlin sowie spannende Themen und Anträge finden Sie in meinem Newsletter. Bitte beachten Sie auch die Veranstaltungshinweise!

**Ich wünsche viel Spaß beim Lesen
und freue mich auf Ihre
Reaktionen!**

Herzliche Grüße, Ihre und Eure

A handwritten signature in black ink that reads "Ingrid Pahlmann". The signature is written in a cursive style with a long horizontal line extending to the right.



Kernkraftwerk- Aus - Vorgänge transparent aufklären

Die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine führten im Jahr 2022 zu einer Energiekrise. Bundesminister Habeck beteuerte, einen Weiterbetrieb der Kernkraft in Deutschland ergebnisoffen prüfen zu wollen. Anfang März 2022 veröffentlichten die federführenden Bundesministerien von Robert Habeck und Steffi Lemke einen „Prüfvermerk“, in welchem ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke rigoros abgelehnt wurde. Zu den Hintergründen dieser Ablehnung hat Bundesminister Habeck die Herausgabe von Unterlagen lange verweigert. Journalisten haben nun vor Gericht die Herausgabe erzwungen und nachgewiesen, dass beide Ministerien nicht aufgrund von fachlichen Erwägungen, sondern aus rein ideologischen Gründen zu einer Ablehnung des Weiterbetriebs der Atomkraftwerke gekommen sind.

Die uns vorliegenden Informationen drängen die Schlussfolgerung auf, dass die Bundesregierung in einer Frage der nationalen Energiesicherheit nicht zum Wohle Deutschlands, sondern ausschließlich unter Gesichtspunkten der grünen Parteipolitik entschieden hat. Die bisher herausgegebenen Unterlagen zeichnen nun ein anderes Bild als bisher behauptet. So gut wie alle Argumente der Ampel zum Kernkraft-Aus sind widerlegt. Fachliche Erwägungen aus der Arbeitsebene des Ministeriums wurden bewusst ignoriert. Das wirft Fragen auf, ob es ein grünes System gibt, das Parteiideologie über die Interessen des Landes stellt.

Die deutsche Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf zu erfahren, wie und warum die Bundesregierung in einer Lage von Krieg in Europa zu einer Frage der nationalen Energiesicherheit entschieden hat. Robert Habeck und Steffi Lemke müssen die Vorgänge in ihren Ministerien und vor allem auch ihre eigene Rolle transparent und vollumfänglich aufklären. Viele Fragen sind unbeantwortet, zugesagte Unterlagen wurden nicht übersandt oder zu großen Teilen geschwärzt weitergegeben. Wir haben diese Vorgänge in dieser Sitzungswoche in einer „Aktuellen Stunde“ thematisiert. Wenn die Regierung nicht vollständige Transparenz schafft, dann liefert sie selbst den Grund für eine umfassende parlamentarische Untersuchung.

Koalitionsstreit zum Bundeshaushalt 2025



Die Haushaltssituation des Bundes ist dramatisch. Bereits vor den Haushaltsanmeldungen der Ressorts klaffte im Etat 2025 eine Lücke von 25 Mrd. Euro. Mittlerweile ist diese noch größer geworden, denn statt – wie von Bundesfinanzminister Lindner erbeten – Einsparvorschläge zu unterbreiten, haben allein das Bundesentwicklungsministerium sowie das Auswärtige Amt jeweils mehr als 2 Mrd. Euro „Mehrbedarf“ angemeldet. Zusätzlich wären für eine echte Wirtschaftswende milliardenschwere Entlastungen erforderlich.

Die Bundesregierung hat keinen Plan, wie die bestehende Haushaltslücke geschlossen werden soll. Ein öffentlicher Streit zwischen den Ampelpartnern ist die Folge und das Bundesfinanzministerium blockiert angesichts der Mehrforderungen aus den Ressorts die Kabinettdiskussion des sogenannten „Rentenpakets II“.

Die bestehende Lücke im Bundeshaushalt 2025 wird sich nur schließen lassen, wenn die Ampel – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – alle Ausgaben auf den Prüfstand stellt und eine klare Priorisierung der zur Verfügung stehenden Mittel unter dem Leitmotiv „Zeitenwende“ vornimmt. Die Ampel hat hierfür offensichtlich weder den inneren Zusammenhalt noch den politischen Rückhalt in der Bevölkerung. Das sogenannte „Rentenpaket II“ ist hierfür exemplarisch: Es löst keine der existierenden Finanzierungsprobleme, sondern verlagert diese mit hohen Beitragssteigerungen auf die Steuerzahler der Zukunft.

Die Ampel-Koalition zeigt erneut ihre Unfähigkeit zur Erarbeitung tragfähiger Lösungen für die Staatsfinanzen. Der öffentliche Streit um den Bundeshaushalt 2025 wird einem verantwortungsvollen Regierungshandeln nicht gerecht. Dazu gehört auch: Die Menschen in Deutschland müssen sich darauf verlassen können, dass die Rente finanziell langfristig gesichert ist. Mit der Ampel ist die Rente nicht sicher. Entscheidend ist jetzt, eine nachhaltige Lösung für den Bundeshaushalt 2025 sowie die Finanzplanung bis 2028 zu finden und der Rentenversicherung eine langfristige Sicherheit zu verschaffen.

Politischen Islam als Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie wirksam bekämpfen



Islamisten skandieren auf deutschen Straßen Forderungen nach einem islamischen Gottesstaat und der Einführung der Scharia. Ende April zogen über 1.000 Demonstranten unter dem Motto „Das Kalifat ist die Lösung“ durch Hamburg. Am vergangenen Wochenende gab es erneut Kundgebungen mit etwa 2.000 Teilnehmern. Diese extremistischen Gruppierungen und ihre Anhänger sind eine Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die Forderung nach Errichtung eines islamistischen Terrorstaats ist dennoch bei uns bisher nicht strafbar – anders als etwa in Österreich.

In Deutschland halten sich rund 27.480 Personen auf, die von den Sicherheitsbehörden dem Islamismus zugerechnet werden. Dem islamistisch-terroristischen Personenpotenzial werden 1.680 Personen zugeordnet, davon besitzen etwa 820 Personen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Der Bundesregierung sind für 2023 aber nur acht Abschiebungen von islamistischen Gefährdern in ihre Heimatländer bekannt.

Der Rechtsstaat muss auf die wachsende Bedrohung durch den politischen Islam reagieren. Allerdings ergreifen bisher weder die von der SPD geführte Landesregierung in Hamburg noch die ebenfalls von der SPD geführte Bundesregierung wirksame Maßnahmen gegen diese Umtriebe auf deutschen Straßen. Mit unserem Antrag haben wir deshalb eine effektive Kontrolle und Bekämpfung des politischen Islams durch die Sicherheitsbehörden sowie wirksame Maßnahmen gegen extremistische und terroristische Geldtransfers gefordert. Darüber hinaus wollen wir das Strafrecht sowie das Staatsangehörigkeitsrecht anpassen: Zukünftig soll es strafbar sein, öffentlich die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die Errichtung eines Gottesstaates zu fordern. Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit, die solche extremistischen Forderungen unterstützen, sollen ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren. Des Weiteren fordern wir die sofortige Schließung des sogenannten „Islamischen Zentrums“ in Hamburg als Brutstätte dieses Extremismus.

Die Anhänger des politischen Islam fordern auf deutschen Straßen offen die Errichtung eines Gottesstaates und greifen so die freiheitlich-demokratische Grundordnung an. Wir stehen für die entschlossene Verteidigung unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Werte und setzen auf Taten statt Worte. Der Staat muss ein klares Signal senden: Für Extremisten ist in Deutschland kein Platz.



Durch gezielte Prävention und neue präventive Ansätze in der Pflegepolitik kann der Anteil der Pflegebedürftigen deutlich reduziert werden.

Bedauerlicherweise kommt die Prävention in der Pflege in der Diskussion oft zu kurz, obgleich das bisherige Präventionsgesetz bereits viele Anknüpfungspunkte bietet.

Daher haben wir in diesem Antrag auf der Grundlage unseres Pflege-Positionspapiers aus dem vergangenen Jahr unsere Überlegungen zur Prävention in der Pflege näher konkretisiert.

Pflegebedürftigkeit frühestmöglich verhindern

- Gesundheitsförderung und Prävention in der Pflege stärken

Wir fordern ein ressortübergreifendes, integriertes Präventionskonzept, das alle Lebensbereiche umfasst. Zudem soll die Bundesregierung in ihrer Pflegepolitik dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ stärker Rechnung tragen. Innovative Wohnformen, wie beispielsweise ambulant betreute Pflege-WGs, sollen besser gefördert werden. Zudem sollen Präventionsmaßnahmen auch für pflegende Angehörige gefördert werden, da diese häufig besonderen psychischen und physischen Belastungen ausgesetzt sind.

Kommunale Entwicklungspolitik stärken

Das aktuelle Engagement vieler deutscher Kommunen in der Ukraine zeigt, dass die kommunale Entwicklungs-Zusammenarbeit (EZ) eine wichtige Ergänzung zu der auf nationaler Ebene koordinierten Entwicklungspolitik darstellen kann.



Mit der kommunalen EZ werden aufgrund guter, oft auf engen persönlichen Beziehungen fußenden Zusammenarbeit mit ukrainischen Partnergemeinden dringend benötigte Güter und Expertise schnell und zielgerichtet auf den Weg gebracht. Meine Heimatstadt Gifhorn geht hier mit gutem Beispiel voran! Die Verbindungen mit der Stadt Korssun sind seit dem Angriffskrieg nochmal gewachsen.

Hilfreich ist, dass die Kommunen die Bedarfe gerade im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge am besten kennen. Nötig sind dafür nicht große neue finanzielle Mittel, sondern nicht zuletzt eine Vielzahl kleinerer Maßnahmen, die die Kommunen in ihrem Engagement unterstützen sollen. Dieses kommunale Engagement in einem weiteren Kontext nutzbar zu machen und zu unterstützen, ist Ziel unseres Antrags. Wir haben diesen in dieser Woche erstmals im Plenum des Deutschen Bundestags beraten.



Arbeitende Mitte stärken - Steuerbelastung senken

In dieser Woche haben wir unseren Antrag **Arbeitende Mitte stärken – Steuerbelastung senken** erneut auf die Tagesordnung genommen und ihn abschließend beraten.

Darin haben wir gefordert: Die Arbeitende Mitte muss durch Senkung der Steuerbelastung gestärkt werden. Hierzu fordern wir die Bundesregierung auf, den Grundfreibetrag und den Kinderfreibetrag für das sächliche Existenzminimum um 12 Prozent und das Kindergeld für 2024 entsprechend anzuheben und die bis 2022 bestehende Stufung für kinderreiche Familien ab dem dritten und vierten Kind wieder einzuführen.

[Hier finden Sie unseren Antrag!](#)



Aufbau einer Drohnenarmee

Drohneneinsatz und -abwehr sind in modernen Streitkräften nicht mehr wegzudenken. Es muss eine Jedermann-Aufgabe in der Bundeswehr werden. Neben der Beschaffung ist auch die Weiterentwicklung von Drohnen und Drohnenabwehrsystemen durch die deutsche Industrie zu forcieren.

Zeitenwende muss auch bedeuten, dass zukünftige Sicherheits Herausforderungen angenommen werden. Erkenntnisse aus aktuellen Konflikten – etwa in Bergkarabach und der Ukraine – müssen für die Bundeswehr umgesetzt werden.

Die Bundesregierung reagiert bislang allerdings unzureichend und zu langsam auf die Erkenntnisse zur Realität des Drohneneinsatzes in aktuellen Kriegen und Konflikten.

[Hier finden Sie unseren Antrag!](#)

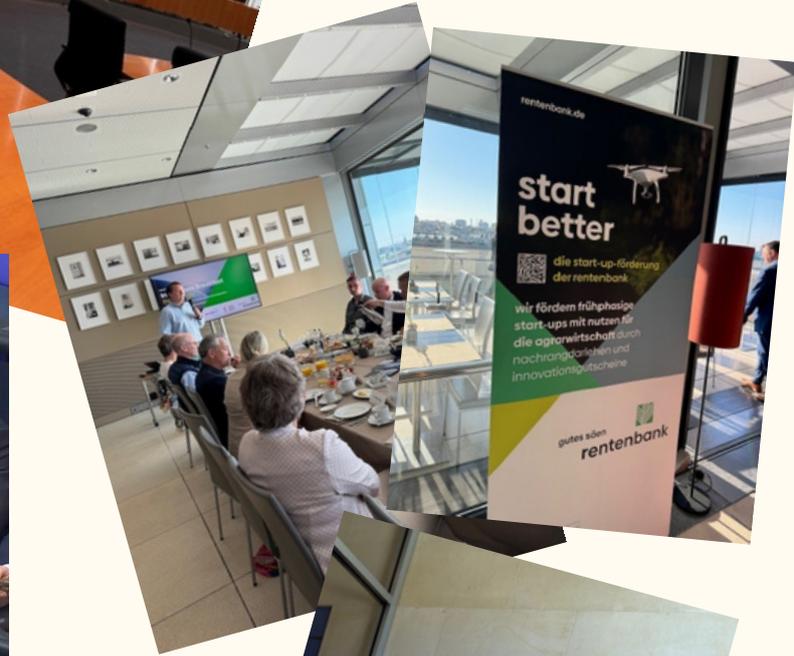
Expertenanhörung Bürgerrat



AG Kommunales



Innovators Breakfast



Fragestunde Familienministerium



Gelbe Bänder der Verbundenheit



Fachgespräch zu Paludikulturen



Meine Rede zum Antrag gegen Kinderehen

Veranstaltungshinweise:

Am **Donnerstag, 23.05.2024 ab 18.30 Uhr** finden Sie mich beim **Spargelesen in Nordsteimke** und ab **Freitag, 24.05.2024 bis zum Sonntag, 26.05.2024 auf dem Schützenfest in Gifhorn!!**



instagram

facebook

Weiterhin möchte ich schon mal auf meine Bürgersprechstunde hinweisen:

Am **Donnerstag, den 30.05.2024 von 10.00 - 11.00 Uhr** und am **Dienstag, den 18.06.2024 von 16.00 - 17.00 Uhr** in Gifhorn und am **Mittwoch, den 19.06.2024 von 16.00 - 17.00 Uhr** in Peine findet meine Bürgersprechstunde statt.

Während der Bürgersprechstunde besteht die Möglichkeit, Probleme, Vorschläge und Sachverhalte in vertrauensvollem Rahmen mitzuteilen.

Wenden Sie sich bitte für die Terminabsprache per E-Mail unter ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de an mein Büro.

Impressum & Kontakt

Wahlkreisbüro Gifhorn
Steinweg 5
38518 Gifhorn

ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de

Ingrid Pahlmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227 72341

ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Peine
Freiligrathstraße 4
31224 Peine

ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de